



# **PRESSEKONFERENZ**

**„Finanz-Trick in dreistelliger Millionenhöhe und  
Akten-Chaos in Linz: Wo bleibt die Transparenz?“**

- **Vize-Bürgermeister Mag. Bernhard Baier**
- **Klubobmann Mag. Martin Hajart**

**Dienstag, 27. Juni 2017**

**12 Uhr**

**Presseclub Ursulinenhof**

**Saal C**

## **Linzer Finanzen: Rechnungsabschluss bringt keine Trendumkehr**

### **Statt „gesunde Finanzen“ und „Transparenz“ gibt es steigende Schuldenberge und eine zunehmende Intransparenz über die finanzielle Zukunft der Stadt**

- **„Notmaßnahme?\": Stadt muss Linz AG (verkaufen) zu Geld machen, um Budgetlöcher zu stopfen**

Am kommenden Donnerstag steht der Linzer Rechnungsabschluss 2016 zur Beschlussfassung. Mit Ende des vergangenen Jahres betrugen die Schulden der Stadt demnach rund 1.650 Millionen Euro. Eingerechnet sind die Schulden, deren Zinsen und Tilgung aus den Steuereinnahmen der Stadt zu tragen sind. Davon sind

- 778 Millionen Euro Kredite und Anleihen (offizieller Schuldenstand),
- 171 Millionen Euro Kassenkredite (davon 111 Millionen Euro für Abgänge),
- 238 Millionen Euro sind sogenannte Verwaltungsschulden der Unternehmensgruppe Linz (UGL) + sonstige Schulden = außerbudgetäre Schulden für die Umfahrung Ebelsberg, Nahverkehrsdrehscheibe, Bäder, Leasing ect. (siehe Rechnungsabschluss Seite 381) und
- 462 Millionen Euro für Schulden der Immobilienfirma (ILG) und der städtischen Seniorenzentren (SZL)

Rund **30 Millionen Euro Zinsen** musste die Stadt 2016 an ihre Gläubiger zahlen!

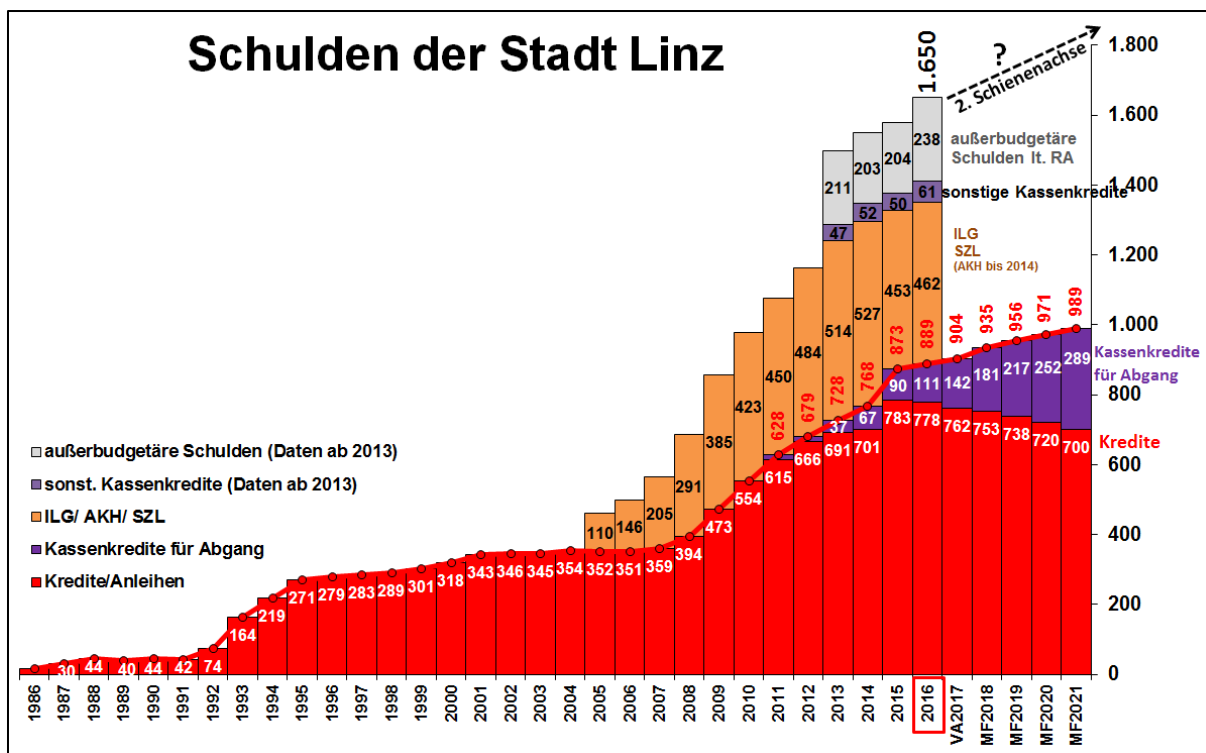
Geld, das in allen Aufgabenbereichen dringend nötig wäre. Ohne Schulden bräuchte die Stadt diese hohe Summe an Zinsen nicht berappen, bräuchte also kein 20 Millionen Euro Sparpaket und hätte darüber hinaus noch 10 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen zur Verfügung.

## Schulden steigen immer weiter

Laut neuer mittelfristiger Finanzplanung wird die Stadt von 2016 bis 2021 zwar den Schuldenstand bei langfristigen Kapitalmarktkrediten um 78 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro abbauen, da die anstehenden Tilgungen höher sind, als neue Schulden aufgenommen werden dürfen. Dieser nicht ganz freiwillige „Kredit-Schuldenabbau“ muss letztlich über so genannte (kurzfristige) Kassenkredite finanziert werden. Die Jahresabgänge = Kassenkredite steigen bis 2021 um 178 Millionen Euro auf 289 Millionen Euro an. 2019 wird die Stadt den gesetzlichen Grenzwert für kurzfristige Kassenkredite (ein Drittel der ordentlichen Einnahmen) überschreiten. Ohne Neustrukturierung der Schulden bekommt die Stadt Linz ein Finanzierungsproblem.

Bis 2021 werden alleine die Schulden für langfristige Kredite und kurzfristige Kassenkredite (für angehäuften Abgänge) von 889 Millionen Euro (2016) **um 100 Millionen Euro auf 989 Millionen Euro ansteigen**. Das haben SPÖ und FPÖ in der Mittelfristigen Finanzplanung beschlossen.

Die große auf die Stadt zukommende Neuverschuldung fehlt in der mittelfristigen Finanzplanung aber noch: die 2. Schienenachse und die neue Donaubrücke wird die Verschuldung massiv steigen lassen. Bis jetzt fehlt ein Konzept, wie die Stadt diese beiden Großprojekte überhaupt finanzieren kann.



### Maastricht-Defizit drei Mal so hoch wie vermeldet

Medial wurde eine Senkung des Maastricht-Defizits (PK-Unterlage 11. Mai 2017) auf minus 5,4 Millionen Euro verkündet. Ein Blick in den Rechnungsabschluss 2016 zeigt auf Seite 393, dass dies nicht einmal die halbe Wahrheit war. Denn statt des Defizits von 5,4 Millionen im „Kernhaushalt“ muss gemäß Stabilitätspakt das gesamte Maastricht-Defizit von 15,0 Millionen Euro inklusive ausgelagerter Bereiche gemeldet werden. Da ab heuer der einvernehmlich festgelegte Stabilitätspakt für Gemeinden ein Maastricht-Null-Defizit vorsieht, könnten der Stadt im Extremfall Strafzahlungen bei Nichteinhaltung des Stabilitätspaktes drohen.

### Überschuss im laufenden Stadt-Haushalt in Wels um acht Mal höher als in Linz

Ein Vergleich: Wels mit 60.000 Einwohner (30,1% der Linzer Bevölkerung; 29,0 % der Linzer Steuereinnahmen) vermeldet einen Überschuss in der laufenden Gebarung von **8,3 Mio. €**. Das mehr als 3 Mal so große Linz kommt nur auf einen Überschuss von **1,063 Mio. €**. Lediglich dieser niedrige Betrag steht für Investitionen zur Verfügung,

ohne dass man weitere Schulden aufnehmen bzw. Verkäufe tätigen muss. Gemessen am Welser Finanzergebnis müssten in Linz von den laufenden Einnahmen abzüglich der laufenden Ausgaben rund 27 bis 28 Mio. € übrigbleiben, um damit die notwendigen Investitionen selbst finanzieren zu können.

**Da sich leider keine Trendumkehr bei den Linzer Finanzen widerspiegelt, wird die ÖVP im Gemeinderat am Donnerstag den Rechnungsabschluss 2016 nicht mittragen.**

### **Verkauf der Linz AG um 348 Millionen Euro:**

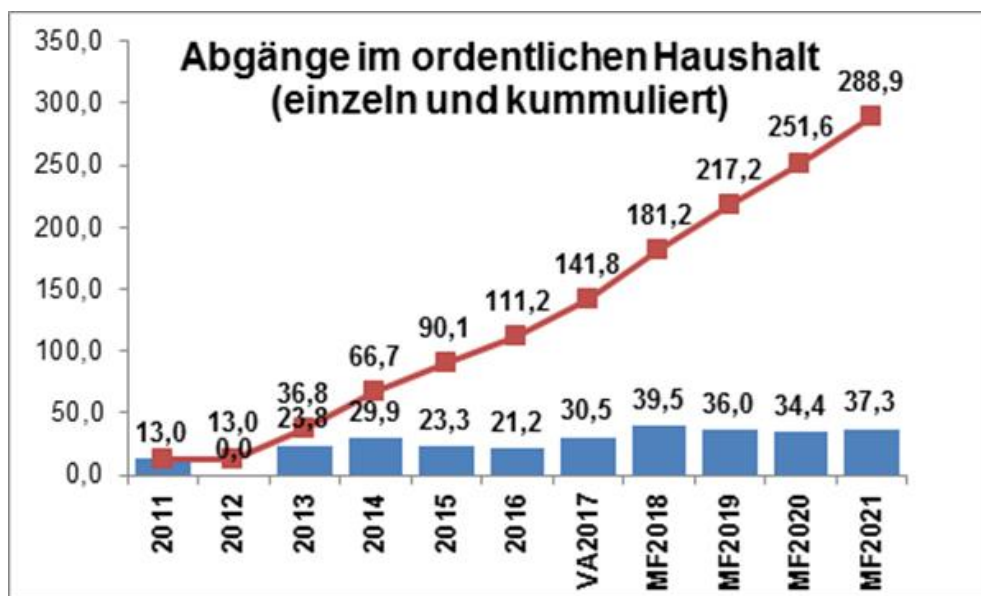
#### **Schuldenberg unter dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ verschoben**

In der Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag sollen die Weichen für die neue städtische Holding gestellt werden. Während dies vom Finanzreferenten bis dato immer nur als steuerschonendes Konstrukt verkauft wurde, dürfte sich hinter dem aktuellen Antrag im Gemeinderat zur Errichtung der Holding noch weit mehr verbergen, nämlich offensichtlich der nächste Budget-Trick der SPÖ. Nun kommt ans Tageslicht, dass die Linz AG an die Holding verkauft werden soll, dadurch werden die städtischen Schulden aber nur weiter ausgelagert.

Nach dem Verkauf der städtischen Immobilien an die Immobiliengesellschaft, die nun mit 460 Millionen Euro verschuldet ist, und dem Verkauf der städtischen Wohnungen an die GWG, soll nun auch die Linz AG weit unter dem bislang budgetierten Wert an die neue Holding verkauft werden. Denn während die Linz AG im Rechnungsabschluss mit 660 Millionen Euro bewertet ist, soll sie nun de facto nur zur Hälfte um nur 348 Millionen Euro verkauft werden.

Die Stadt Linz erhält dafür im konkreten heuer 48,6 Mio. € und von 2018 bis 2020 jährlich 100 Mio. €.

Damit sollen laut Amtsbericht die angelaufenen Abgänge (im Jahr 2016 insgesamt 111,2 Mio. € und bis 2021 weiterer Anstieg auf insgesamt 289 Mio. €) bedeckt werden. (siehe Grafik unten)



Für die Abgänge im ordentlichen Haushalt dürfen keine Kapitalmarkt-Kredite aufgenommen werden, daher muss dies – wie eingangs erläutert – über kurzfristige Kassenkredite zwischenfinanziert werden.

Warum also verschiebt die Stadt ihren Schuldenberg in die neue Holding? Hintergrund für dieses Vorgehen dürfte sein, dass Linz schon in naher Zukunft das gesetzliche Limit an Kassenkrediten erreicht hätte und dann vor einem Liquiditätsproblem stehen würde.

Aktuell belaufen sich die Kassenkredite der Stadt Linz auf 171 Millionen Euro (111 Millionen Euro für Abgänge und 60 Millionen Euro für laufende Zwischenfinanzierungen). Das gesetzliche Limit beträgt 223,2 Millionen (also ein Drittel der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes), diese Grenze hätte Linz schon im Jahr 2019 erreicht (siehe Grafik).

Fragen über Fragen! Völlig unklar ist auch, wie die Holding den Kaufpreis für die Linz AG berappen soll. Wohl neuerlich über Kredite!? Fix wäre dann, dass die Holding von Anbeginn an massiv verschuldet sein wird, jedoch über keine Einnahmen verfügt, um die Schulden abzubauen. Dies auch vor dem Hintergrund, weil die Gewinne der Linz AG auch weiterhin ins städtische Budget laufen werden und nicht - wie naheliegender wäre - in die Holding.

Offensichtlich wird hier bis zur Wahl eine kosmetische Budget-Behandlung umgesetzt, ganz nach dem Motto: „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Denn der reine Effekt ist, dass der 348 Millionen Euro Schuldenberg vom städtischen Budget in die Holding verschoben wird. Zudem steht die Befürchtung im Raum, dass das Konstrukt ob seiner Null-Einnahmen und schlechten Ertragssituation höhere Zinsen für Kredite berappen muss.

### **Resümee: Mehr Schulden, weniger Transparenz!**

Es scheint, dass mit dem Finanzreferenten, der zu Anbeginn seiner Amtszeit noch für Transparenz geworben hat, die finanziellen Konstrukte immer undurchsichtiger werden, kompliziertere Auslagerungen stattfinden, die Schulden de facto in die Zukunft verschoben werden.

Die ÖVP wird im Gemeinderat einen Zusatzantrag stellen: jeweils mit dem Budget-Voranschlag und dem Rechnungsabschluss soll eine neue und völlig transparente Verschuldungsübersicht vorgelegt werden. Es darf kein Versteckspiel mehr mit öffentlichen Schulden geben. Überdies darf dieser Trick (Verschuldung der Holding zu Gunsten der Stadt) nicht dazu führen, dass der freigespielte Geldbetrag 1:1 zum „Löcherstopfen“ verwendet wird – dem kann die ÖVP nicht zustimmen.

- **Linzer Akten-Affäre**

Die Intransparenz der städtischen Finanzgeschäfte setzt sich bei der aktuellen Linzer Aktenchaos-Affäre weiter fort: Mit einem Dringlichkeitsantrag fordert die ÖVP gemeinsam mit Grünen und NEOS sowie KPÖ eine lückenlose Aufklärung der Causa mittels Detailprüfung und Sonder-Kontrollausschuss rund um hunderte liegendebliebene Verwaltungsstrafverfahren. Es braucht ein möglichst breites Commitment aller im Linzer Gemeinderat vertretenen Fraktionen für eine eingehende Kontrollamtsprüfung sowie eine diesbezüglich lückenlose Aufklärungsarbeit mittels eines Sonder-Kontrollausschusses. Dies umfasst eine Sichtung von Akten sowie die Anhörung von Auskunftspersonen. Laut Linzer Stadtstatuts ist eine Prüfung durch das Kontrollamt durchzuführen, wenn ein entsprechender Antrag von mindestens einem Drittel der Gemeinderatsmitglieder schriftlich unterstützt wird und sich auf einen bestimmten Vorgang in einer der Prüfung des Kontrollamtes unterliegenden Angelegenheit der Stadt bezieht. Diese Vorgabe übererfüllt unser Antrag, welcher morgen fristgerecht eingebracht wird. Insgesamt werden 10 detaillierte Prüfaufträge an das Kontrollamt erteilt, die nun schrittweise abgearbeitet werden sollen.

Einer Detailprüfung samt Sonderkontrollausschuss steht damit nichts mehr im Wege. Aus Sicht der ÖVP soll die entsprechende Aufklärungsarbeit umgehend aufgenommen werden, zuerst mittels Anhörung von Auskunftspersonen. Neben den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden auch Bürgermeister Luger, Personalreferent Forsterleitner und der für den Geschäftsbereich Abgaben und Steuern zuständige Vizebürgermeister Wimmer in den Sonder-Kontrollausschuss geladen werden müssen. Im Zentrum stehen zwei Fragen:

- 1) Wann wusste wer über das Akten-Chaos bzw. den Personalnotstand Bescheid und welche Maßnahmen wurden gesetzt bzw. nicht?
- 2) Gibt es eine Häufung bestimmter Fälle (Materiengesetze), die vordergründig nicht bearbeitet wurden und daher verjährt sind?



- **Transparenz-Stopp auf Linz-Website?!**

Kürzlich sorgte eine Pressemeldung unter dem Titel „Stadt Linz sperrt ihr Online-Archiv“ für Aufsehen. Mit der bisherigen Positionierung und Darstellung der Stadt mit freiem Web-Zugang über Hotspots, der 2009 gestarteten Open Commons Region Linz oder Open Government Data scheint das nicht kompatibel bzw. in direktem Widerspruch zu stehen.

Eine Informationsbereitstellung nur über eine Anfrage an die Mitarbeiter der städtischen Kommunikationsabteilung zu ermöglichen – wie dies Bürgermeister Luger verlautbaren hat lassen – ist in Zeiten der Transparenz im Internet nicht annähernd zeitgemäß und bindet gleichzeitig wertvolle Ressourcen der Mitarbeiter.

Während andere Kommunen bestrebt sind, Informationen im Netz unkompliziert bereit zu stellen und als Form der Kommunikation und Bürgerbeteiligung für sich zu nutzen, scheint Linz Teile seines digitalen Gedächtnisses mit fadenscheinigen Argumenten vor den Internetnutzern „verräumen“ zu wollen. Gegen dieses Bestreben der SPÖ richtet sich am Donnerstag ein gemeinsamer Antrag von ÖVP und Grünen. Laut unserem Antrag sollen auch im Zuge eines Relaunches der städtischen Webseite wie bisher auf [www.linz.at](http://www.linz.at) verfügbare Artikel online und ohne Beschränkung zugänglich gehalten werden.